

Medienmitteilung
Bern, 9. Februar 2021

Appell der KMU aus dem Lockdown: Wir fordern eine Perspektive

Die Strategie, Lockdowns einzuleiten bis die Epidemie beendet wird, ist gescheitert. Jeder Tag länger im Lockdown verursacht immense Kosten und Leid. Die Schweizer Wirtschaft und die Schweiz als Ganzes brauchen dringend eine Zukunftsperspektive. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv hat zusammen mit kantonalen und Branchenverbänden eine solche Perspektive erarbeitet. Grundlage ist die Rückkehr zu einer evidenzbasierten Politik mit dem Ziel der Wiedereröffnung der Wirtschaft und Gesellschaft unter Einhaltung der Schutzkonzepte ab dem 1. März 2021.

«Die Lage ist düster und wir benötigen dringend eine Perspektive», so ist gemäss sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler der Tenor der zahlreichen KMU-Stimmen, welche den sgv in den letzten Wochen erreicht haben. Das Unverständnis für die Massnahmen wachse. Die Entscheidungsgrundlage des Bundes stelle nicht auf Fakten sondern auf Szenarien über die Zukunft ab und richte sich nach dem schlimmstmöglichen Szenario. Die Entscheidungen seien dabei widersprüchlich. Noch im letzten Dezember sei der R-Wert stark relativiert worden und nun basiere der aktuelle Lockdown einzig und allein auf einem R-Wert Modell. Trotz stagnierender oder leicht sinkender Zahlen würden offenbar nach dem Vorbild des Auslands unverhältnismässige Massnahmen eingeführt.

Gezielter Schutz und Schutzkonzepte

Fabio Regazzi, Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverband sgv sagte gegenüber den Medien, dass mit der Öffnung ab dem 1. März die Wirtschaft wieder funktionieren könne. Die grossen Schäden des Lockdowns könnten so egedämmt werden. Mit der Logik des gezielten Schutzes und den damit verbundenen Massnahmen – Impfungen, Testungen und Contact Tracing – könne die Wirtschaftsfreiheit wieder gewährleistet werden und der gesellschaftliche Austausch könne sich wieder schrittweise normalisieren. Wichtig sei: Die Wirtschaft habe Schutzkonzepte, welche Hygiene- und Distanzmassnahmen beinhalten. «Diese Konzepte werden flächendeckend eingesetzt und haben sich bewährt, wie die Zahlen des BAG zu den Ansteckungsorten beweisen», sagte Regazzi. Am Schluss seines Referates zitiert der sgv-Präsident KMU-Unternehmer, welche Zeugnis von ihren grossen Existenznöten ablegen.

Auch sgv-Vizepräsident André Berdoz weiss von Stimmen «zwischen tiefer Ernüchterung und enttäuschten Hoffnungen» zu berichten. Die Schliessung von «nicht lebensnotwendigen» Bereichen haben schwerwiegende Folgen für die betroffenen Unternehmen, welche mit dem Gefühl leben müssten, dass ihnen ihre wirtschaftliche Existenzberechtigung abgesprochen werde. In der ersten Phase der Pandemie, als es darum ging, sich auf das Ende des Lockdowns vorzubereiten, welche von Mitte März bis Mitte April im vergangenen Jahr geherrscht hatte, seien die Unternehmen ausserordentlich diszipliniert gewesen. Die Stimmung sei jetzt anders.

Flankierende Massnahmen

Für KGV-Zürich Präsident Werner Scherrer ist es 5 vor 12 Uhr und Warten keine Option. Er fordert deshalb per sofort flankierende Massnahmen, damit KMU geordnet wiederöffnen können und gleichzeitig das Ansteckungsrisiko minimiert wird. So solle zum Beispiel für Restaurants ein Terrassen- und Outdoorbetriebe wieder möglich sein. Im Detailhandel könnten die Unternehmen und Kundschaft von

Schweizerischer Gewerbeverband

Union suisse des arts et métiers

Unione svizzera delle arti e mestieri

einer möglichst grosszügigen Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten profitieren. Auch seien neue Verkaufsformen denkbar, wie zum Beispiel ein «Privat-Shopping». Wer einkaufen wolle vereinbare einen Termin während der erlaubten Öffnungszeiten. In den Showrooms des Autohandels sei in der Regel auch nur ein Kunde anwesend. Deshalb sei für ihn klar, dass auch sie wieder so schnell als möglich öffnen müssen.

Die von Schliessungen betroffenen Betriebe seien auf eine rasche und möglichst einfache Umsetzung des Härtefallregimes angewiesen. Lücken müssten geschlossen werden. Teilgeschlossene Betriebe sollen als geschlossen gelten. Auch ein geschlossenes Hotel-Restaurant sollte gleich lange Spiesse kriegen. Es müsse möglich sein, eine Spartenabrechnung zu machen und dafür eine Entschädigung zu kriegen. Am Schluss seines Referates appelliert er an den Bundesrat: «Stoppt diese Misere und lasst uns unsere Unternehmen retten.»

Weitere Auskünfte

Hans-Ulrich Bigler, Direktor, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 285 47 09

Fabio Regazzi, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Mobile 079 253 12 74

André Berdoz, Vizepräsident Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Mobile 079 210 93 31

Werner Scherrer, Präsident KMU- und Gewerbe-Verband Kanton Zürich, Mobile 079 508 98 78

Tomas Prenosil, Präsident HANDELSVERBAND.swiss, Mobile 079 218 02 02

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Medienkonferenz «Appell der KMU aus dem Lockdown: Wir fordern eine Perspektive»

Eröffnungsreferat Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgw

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie zur heutigen Medienkonferenz des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgw. Als grösster Dachverband der Schweizer Wirtschaft vertreten wir hier über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU. Viele davon sind hart und unmittelbar vom Lockdown betroffen.

In den letzten Monaten erreichten uns zahlreiche Stimmen aus unserer Basis. Der Tenor war einheitlich: «Die Lage ist düster und wir benötigen dringend eine Perspektive». Diese Stimmen wurden in den letzten Wochen, seit dem Lockdown noch lauter. Das Unverständnis für die Massnahmen wächst und führte sogar zu Episoden von Rebellion. Natürlich befürworten wir zivilen Ungehorsam nicht. Doch wir verstehen den Unmut über Massnahmen, die ohne Evidenz ergriffen werden.

Die Entscheidungsgrundlage des Bundes stellt nicht auf Fakten, sondern auf Szenarien über die Zukunft ab und richtet sich nach dem schlimmstmöglichen Szenario. Die Entscheidung ist dabei widersprüchlich. Noch im letzten Dezember wurde der R-Wert stark relativiert und nun basiert der aktuelle Lockdown einzig und allein auf einem R-Wert Modell. Trotz stagnierender oder leicht sinkender Zahlen werden offenbar nach dem Vorbild des Auslands unverhältnismässige Massnahmen eingeführt.

Die Kommunikationspolitik des Bundes ist in weiten Teilen von Alarmismus geprägt. Dabei nimmt die wissenschaftliche Taskforce eine Rolle ein, welche ihr gemäss Verordnung nicht zusteht. Sie berät den Bundesrat nicht, sondern sie kritisiert ihn medienwirksam am gleichen Ort, wo die Regierung meist einen Tag später ihre Entscheidung kommuniziert.

Medialer Druck ist auch das Mittel, welches das BAG wählt, um die anderen Bundesbehörden zu beeinflussen, ja man kann schon fast sagen, einzuschüchtern. Mit gezielter Indiskretion werden Informationen gewissen Medien zugespielt, welche die erwartete Arbeit machen und flugs die Öffentlichkeit informieren, mit was für Vorschlägen Alain Berset in die Bundesratssitzung geht. Welche Schlüsse die einzelnen Departemente aus den entsprechenden Reaktionen von Seiten Bevölkerung und Politik ziehen ist unklar.

Dabei hat das BAG genügend Konsultationsmöglichkeiten zur Hand. Neue Massnahmen werden bei den Kantonen und auch den Sozialpartnern in die Vernehmlassung geschickt. Ein guter Weg, um erstens möglichen Widerstand zu eruieren und zweitens auch Fachwissen abzuholen. Ein Vortesten der Massnahmen in der Bevölkerung ist sachlich völlig unnötig und der schlussendlichen Akzeptanz der Massnahmen eher abträglich. Mediales Vorpreschen eines einzelnen Bundesrates ist schlichtes Machtkalkül. Doch die Entscheidungen trifft schlussendlich der Gesamtbundesrat. Der Schweizerische Gewerbeverband *sgv* und mit ihm die KMU fordern den Bundesrat auf den Pfad der Verhältnismässigkeit einzuschlagen. Wie ein solcher Weg aussieht und weshalb die Strategie des Bundesrates zur Covid-Bekämpfung gescheitert ist, werden meine Nachredner aufzeigen.

Das Wort hat nun *sgv*-Präsident Fabio Regazzi.

Medienkonferenz: «Appell der KMU aus dem Lockdown: Wir fordern eine Perspektive»

Referat Fabio Regazzi, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Nationalrat «die Mitte» (TI)

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Wie schon sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler betont hat, fordern wir Evidenz-basierte Entscheidungen. Massnahmen dürfen nicht im Blindflug, sondern müssen aufgrund von Fakten getroffen werden. Und diese Fakten gibt es. So zeigen zum Beispiel die Zahlen vom Internationalen Währungsfonds, dass der Schaden für die Wirtschaft überproportional zu der Verstärkung von Lockdown-Massnahmen wächst. Strenge Lockdown-Massnahmen haben also ganz sicher Auswirkungen - und zwar stark negative.

Auf der anderen Seite ist keine klare Evidenz vorhanden, ob und in welchem Mass die einzelnen Massnahmen gegen die Pandemie wirken. Der Schaden des Lockdowns ist also klar, der Nutzen allerdings nicht. Eine solche Strategie ist zum Scheitern verurteilt. Meine Damen und Herren die Lockdown Strategie *ist* gescheitert und deshalb fordern die KMU und der Schweizerische Gewerbeverband die Beendigung des Lockdowns auf den 1. März.

Mit der Öffnung kann die Wirtschaft wieder funktionieren und so den grossen Schaden des Lockdowns eindämmen sowie Arbeitsplätze und Wohlstand für die Gesellschaft sichern. Mit der Logik des gezielten Schutzes und den damit verbundenen Massnahmen – Impfungen, Testungen und Contact Tracing – kann die Wirtschaftsfreiheit wieder gewährleistet werden und der gesellschaftliche Austausch kann sich wieder schrittweise normalisieren. Wichtig ist: Die Wirtschaft hat Schutzkonzepte, welche Hygiene- und Distanzmassnahmen beinhalten. Diese Konzepte werden flächendeckend eingesetzt und haben sich bewährt, wie die Zahlen des BAG zu den Ansteckungsorten beweisen.

Ein unumstrittener Fakt ist auch, dass ein grosser Schritt in Richtung Normalität nur mit flächendeckender Impfung erreicht werden kann. Das vom Bundesrat initiierte Impfprogramm muss weitergeführt und verstärkt, vor allem aber rascher umgesetzt werden. Von der Exekutive erwarten wir verbindliche Informationen. Sie steht in der Pflicht, sich selbst Ziele zu setzen und über die Erreichung dieser Ziele regelmässig Bericht zu erstatten. Der Bund muss auch ohne Wenn und Aber die Kantone in ihren Bemühungen unterstützen. Der sgv erwartet ganz klar, dass das Impfprogramm bis Ende Juni abgeschlossen ist.

Anstelle der gescheiterten Lockdown-Strategie erwarten wir vom Bundesrat eine Exitstrategie. Erfahrungen und Konzepte sind seit dem letzten Lockdown bereits vorhanden. Ich erinnere da an das vom Schweizerischen Gewerbeverband entwickelte Konzept «Smart Restart», welches auch vom Parlament angenommen wurde.

Meine Damen und Herren, unsere KMU benötigen eine Perspektive, denn ihre Situation ist schwierig. Stellvertretend für viele zitiere ich einen Hotelier aus Lausanne. Er ist 36 Jahre alt und hat das 41-Zimmer-Hotel seiner Eltern übernommen. In seiner Blüte seines Lebens fühlt er sich wie ermordet. Er hat ausgerechnet, dass er mindestens 12 Jahre brauchen werde, um sich beruflich und privat zu erholen. Zum ersten Mal in seinem Leben habe er Panikattacken.

Für einen Confiseur aus Lausanne der mit seinem 39-köpfigen Team auch ein Café führt, ist es eine noch nie dagewesene Katastrophe. Er müsse Schläge einstecken. Und währenddessen würden sich die Verantwortlichen hinter der Komplexität verstecken. Einer Komplexität mit, welcher die Unternehmen seit fast einem Jahr leben müssen.

In den fünf Geschäften eines Sportfachhändlers in Lugano arbeiten von den vierzig Mitarbeitern nur gerade fünf. Und dies sind seine Familienmitglieder. Derzeit seien alle Verkäufe blockiert, die Lager seien voll und das einzige was sie anbieten könnten sei Service an Skiern und Fahrrädern.

Er schlägt vor die Gehälter der Beamten in Bern zu halbieren, nur damit sie merken würden, wie es sei, zwei Monate lang mit 1200 Franken herumlaufen zu müssen. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass er immer noch Steuern bezahle.

Ein Restaurantbesitzer in Morcote meint, dass er die Wut bereits hinter sich gelassen habe und in Bewegung sei. Für ihn ist jedoch das Schlimmste, dass jeder Versuch der Planung unmöglich sei. Soll er Leute für die nächste Saison einstellen? Soll er Verträge unterschreiben?

Wir KMU verlangen von der Regierung eine Perspektive. Kein Hüst und Hott und Wirrwarr von unverständlichen Massnahmen. Wir brauchen eine verlässlich Exitstrategie.

Das Wort hat nun sgv-Vizepräsident André Berdoz.

Medienkonferenz: «Appell der KMU aus dem Lockdown: Wir fordern eine Perspektive»

Referat André Berdoz, Vizepräsident Schweizerischer Gewerbeverband sgV, Unternehmer (VD)

Sehr geehrte Damen und Herren

Meine Damen und Herren, ich habe meine Rede überschrieben mit: «Zwischen tiefer Ernüchterung und enttäuschten Hoffnungen».

In der Westschweiz ist die Corona-Politik wahrlich kein Spaziergang, denn vielen Unternehmen geht es schlecht, teilweise sehr schlecht.

Seit fast dreieinhalb Monaten befinden sich Restaurants, Fitnesscenter, Sportzentren und Kultureinrichtungen in einem Wechselbad von Schliessungen und teilweise Wiedereröffnungen. Seit fast einem Monat werden Unternehmen, die als «nicht lebensnotwendig» gelten, schlicht und ergreifend ihrer Daseinsberechtigung, Kunden zu empfangen und zu bedienen beraubt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Moral auf Halbmast steht, zumal die Signale aus Bundesbern bestenfalls unverständlich, schlimmstenfalls geradezu verzweifelt sind.

Ohne die ganze Geschichte zu wiederholen, möchte ich daran erinnern, dass im Kanton Waadt öffentliche und sportliche Einrichtungen sowie Kulturstätten von Anfang November bis Mitte Dezember geschlossen werden musste. In Genf waren im gleichen Zeitraum sogar die Geschäfte geschlossen. Trotz grosser Anstrengungen in Form von Schutzkonzepten sollten diese drastischen Massnahmen eine Rückkehr zu einer gewissen Normalität ermöglichen. Dies war aber nur für kurze Zeit der Fall. Dank einer ermutigenden Entwicklung konnten die Waadtländer Restaurants im Dezember für rund zwanzig Tage wieder öffnen.

Aber seit Anfang des Jahres ist alles anders... Verfügung um Verfügung zur Schliessung von Betrieben oder der Einschränkung von Aktivitäten wurde eine nach der anderen erlassen. Wobei die Gründe dafür nur schwer zu verstehen sind.

Bevor ich Ihnen einige Hinweise zur Situation der Branchen und Unternehmen gebe, möchte ich kurz zwei Punkte erwähnen: Schutzmassnahmen und die Wichtigkeit über zuverlässige Indikatoren zu verfügen.

In der ersten Phase der Pandemie, als es darum ging, sich auf das Ende des Lock-downs vorzubereiten, welche von Mitte März bis Mitte April geherrscht hatte, waren die Unternehmen ausserordentlich diszipliniert. Die Filialen entwickelten Schutzkonzepte, installierten Plexiglaswände, empfahlen oder verordneten das Tragen von Masken, reduzierten die Anzahl der Kunden und ich bin sicher, ich vergesse einiges.

Diese Bemühungen wurden wieder aufgenommen, sobald die zweite Welle auf dem Weg war. Wieder einmal haben Unternehmen für den Schutz ihrer Mitarbeitenden und ihrer Kundschaft gesorgt. Dies nicht selten mit erheblichen Investitionsfolgen. Wurden sie dafür belohnt? Sicherlich nicht angesichts der drastischen Massnahmen, die seit Anfang des Jahres ergriffen wurden. Vergessen wir nicht, dass laut offiziellen Studien das Infektionsrisiko in Geschäften extrem gering ist und in Restaurants sehr niedrig bleibt. Dies vielleicht gerade weil die Schutzkonzepte strikt angewendet werden.

Dass die Behörden, die Wirksamkeit der Schutzkonzepte ignorieren oder kleinreden, ist ein Teil der Ernüchterung, wie ich sie im Titel meiner Rede festhalte. Ein zweiter Faktor für diese Ernüchterung, ist die fehlende Logik vieler der getroffenen Massnahmen. Die gleiche Reproduktionsrate erlaubte die Öffnung im Dezember, führte aber zur Schliessung im Januar. Die kafkaeske Liste der Lebensmittel, die verkauft werden können oder nicht, ist unverständlich und gibt Anlass zu Kritik. Dies alles trägt zu dem Gefühl bei, dass die Wirtschaftskreise nicht gehört werden, wenn sie um etwas Einfaches bitten: Nämlich ihre Arbeit auszuüben und damit ein Einkommen erzielen zu können.

Ich möchte die konkrete Situation der verschiedenen Sektoren in der Westschweiz etwas beleuchten.

Seit fast einem Jahr befinden sich alle Aktivitäten, die mit dem Tourismus zusammenhängen, in ernststen Schwierigkeiten. Die Situation des Gastgewerbes ist bekannt, aber vergessen wir nicht die Hotels und, besonders im Genfersee-Gebiet, all jene, die von internationalen Kunden oder dem Geschäftstourismus leben. Und wenn Hotels und Restaurants ihr Geschäft reduzieren, wirkt sich das wiederum auf alle ihre Zulieferer aus, insbesondere im Bereich der Lebensmittel und bestimmter Dienstleistungen. Dies gilt auch für den privaten Personenverkehr: Carfahrer sind sehr stark betroffen, da der Gruppenverkehr zum Erliegen kommt. Wenn wir den Kreis ein wenig erweitern, sind wir bei der Veranstaltungsbranche - im weitesten Sinne gehören dazu Caterer, Tontechniker, Verleiher und Gerätevermieter - schlecht.

Die Rückkehr zu den Teilschliessungen und die Homeoffice-Pflicht schaden dem Gastgewerbe stark. Ihr Geschäft ist stark eingeschränkt oder kommt ganz zum Erliegen.

Die Schliessung von «nicht lebensnotwendigen» Bereichen haben schwerwiegende Folgen für die betroffenen Unternehmen, welche mit dem Gefühl leben müssen, dass ihnen ihre wirtschaftliche Existenzberechtigung abgesprochen wird.

Sicherlich sind Hilfen geplant und versprochen, aber die Unternehmen sind weit davon entfernt, entschädigt zu werden, im Gegenteil. Für manche, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen begleichen sollen, ist die Wartezeit lang, wenn nicht sogar unerträglich.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass die Wirtschaft, wenn schon keine Gewissheit, so doch zumindest eine gewisse Berechenbarkeit braucht. Die Aussagen von Herrn Berset in der vergangenen Woche haben die Hoffnungen der Unternehmen enttäuscht, die nun auf eine Exit-Strategie aus der Krise warten. Die Periode des alleinigen Primates der sanitärischen Situation kann nicht ewig dauern: Die Schäden werden bald - wenn nicht schon jetzt - sehr schwer oder gar nicht mehr zu beheben sein. Und ich spreche nicht nur von den rein wirtschaftlichen Folgen, sondern auch im Hinblick auf die Ausbildung unserer Jugend, die psychische Gesundheit unserer Mitarbeitenden und den Fortschritt unserer Gesellschaft.

Es ist an der Zeit, diese Enteignung in Form von Berufsverboten oder Beschränkungen von Tätigkeiten ein Ende zu setzen. Wir müssen aus dieser Spirale der Enttäuschung und Ernüchterung ausbrechen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich übergebe jetzt an Werner Scherrer, Präsident des KMU- und Gewerbe-Verbands Kanton Zürich.

Medienkonferenz: «Appell der KMU aus dem Lockdown: Wir fordern eine Perspektive»

Referat Werner Scherrer, Präsident des KMU- und Gewerbe-Verbands Kanton Zürich, Unternehmer (ZH)

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Es ist 5 vor 12 Uhr. Viele KMU kämpfen um ihre Existenz. Warten ist keine Option. Die Verzweiflung und der Unmut wachsen. Wir fordern per sofort flankierende Massnahmen, damit KMU geordnet wiederöffnen können und gleichzeitig das Ansteckungsrisiko minimiert wird. So soll zum Beispiel für Restaurants ein Terrassen- und Outdoorbetriebe wieder möglich sein. Im Detailhandel könnten die Unternehmen und Kundschaft von einer möglichst grosszügigen Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten profitieren. Auch sind neue Verkaufsformen denkbar, wie sie zum Beispiel der Verband Sportfachhandel Schweiz ASMA zusammen mit dem sgv erarbeitet haben. Die beiden Verbände schlagen ein «Privat-Shopping» vor. Wer einkaufen will vereinbart einen Termin während der erlaubten Öffnungszeiten. Beim Shopping befinden sich pro 100m² eine Verkaufskraft mit höchstens 2 Kundinnen und Kunden aus demselben Haushalt im Laden. Selbstverständlich würden von allen Kundinnen und Kunden die Kontaktdaten aufgenommen. In den Showrooms des Autohandels ist in der Regel sogar nur ein Kunde anwesend. Deshalb ist für uns klar, dass auch sie wieder so schnell als möglich öffnen müssen.

Die Home-Office-Pflicht hat ausser kostspieligen und schikanösen Kontrollen nichts gebracht. Entsprechend muss die Pflicht sofort entfallen. Betriebe erhalten so einen grösseren Handlungsspielraum. Eigenverantwortung und glaubwürdige Überzeugungsarbeit bringen bei mündigen Bürgerinnen und Bürgern mehr als staatliche Vorschriften.

Meine Damen und Herren. Es ist 5 vor 12. Die betroffenen Betriebe sind auf eine rasche und möglichst einfache Umsetzung des Härtefallregimes angewiesen. Lücken müssen geschlossen werden. Teilgeschlossene Betriebe sollen als geschlossen

gelten. Das heisst wer nicht das volle Sortiment anbieten und verkaufen kann, erhält eine Umsatzentschädigung. Auch ein geschlossenes Hotel-Restaurant soll gleich lange Spiesse kriegen. Es muss möglich sein, eine Spartenabrechnung zu machen und dafür eine Entschädigung zu kriegen. Betriebe deren Wirtschaftsfreiheit ausser Kraft gesetzt wurde, haben nur dann eine wirkliche Zukunftsperspektive, wenn dafür gesorgt wird, dass sie nicht in naher Zukunft unverschuldet ihre Bücher deponieren müssen. Ebenfalls muss es möglich bleiben, Dividenden, die der Eigenfinanzierung des Unternehmens dienen, auszuzahlen. Diese sichern ja die Zukunft des Betriebes.

Für einige Betriebe ist die Zukunft bereits vorbei. Die 5 Minuten vor 12 sind abgelaufen, Lichterlöschen, Konkurs. Es sind gestandene Unternehmer, die heute vor den Scherben ihrer Existenz stehen und sagen: «Wir sind am Verrecken». Diese Stimmen kommen bei weitem nicht nur aus der Gastronomie zu uns als Verband. Auch in anderen Branchen macht sich der Coronablues breit. Unternehmer machen sich Sorgen um ihre Mitarbeitenden. Nicht nur weil sie sie in Kurzarbeit schicken müssen. Ein Baugeschäftsinhaber hat sich letzthin grauenhaft aufgeregt, weil seine Arbeiter und Chauffeure in der Mittagspause, lassen Sie mich es in Schweizerdeutsch sagen, «a Raanze früure ohni warme Zmittag». Dies während jene, die Massnahmen wie Restaurantschliessungen anordnen im warmen Homeoffice sitzen. Wir appellieren an den Bundesrat: Stoppt diese Misere und lasst uns unsere Unternehmen retten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Das Wort hat nun Tomas Prenosil, Präsident von [HANDELSVERBAND.swiss](https://www.handelverband.swiss).

Medienkonferenz: «Appell der KMU aus dem Lockdown: Wir fordern eine Perspektive»

Referat Tomas Prenosil, Präsident HANDELSVERBAND.SWISS, CEO Confiserie Sprüngli AG

Sehr geehrte Damen und Herren

Lassen Sie mich zuerst ein paar Worte zu meinem Verband sagen. Am 17. Juni 2020 haben der Verband Schweizerischer Filialunternehmen VSF und der Verband des Schweizerischen Versandhandels (VSV ASVAD) fusioniert. So entstand der HANDELSVERBAND.SWISS. Unser Verband vereint aktuell 370 Händler, welche in der Schweiz 2020 geschätzte 20 Mia. Franken Umsatz realisieren – 50 % davon online. Unser Verband lebt den viel zitierten Omni-Channel in allen Facetten. Unsere Mitglieder haben wohl im letzten Jahr 70 Mio. Pakete in der Schweiz versandt, ca. 30 % mehr als im Vorjahr. Unsere Mitglieder haben aber auch mit den stationären Einschränkungen gekämpft und Einbussen hinnehmen müssen.

Einige von Ihnen mögen jetzt sagen: So schlecht scheint es gemäss den Zahlen vom Bundesamt für Statistik und GfK nicht gelaufen zu sein! Im letzten Jahr haben ja viele Händler mächtig profitiert! Warum wollt Ihr denn eine schnelle Öffnung?

Ich antworte Ihnen erstens: Im Lockdown gibt es keine Profiteure. Auch diejenigen die mehr Umsatz machen leiden und wären froh um eine Normalisierung. Und zweitens: Die Gesamt-Statistik hat nur bedingt Recht. Erst wenn man eine oder zwei Stufen tiefer in die Zahlen steigt, erkennt man die grossen Verwerfungen in den einzelnen Branchen und die Probleme, welche auf uns zukommen, wenn wir die Läden noch länger geschlossen halten müssen.

Der Lockdown ist eine fundamentale Störung in der Art wie wir als Gesellschaft funktionieren. Zum Gesellschaftlichen Miteinander gehört auch der wirtschaftliche Austausch, d.h. Arbeiten, einkaufen, sparen, investieren und geniessen. Dieser

Austausch erfolgt in einem grossen, lebendigen Netzwerk. Dabei gilt: je lebendiger das Netzwerk, desto mehr Austausch.

Der Lockdown verringert die Möglichkeiten zum Austausch und macht das Netzwerk starr und leblos. Der Lockdown reduziert nicht nur den Austausch, sondern auch die Freude daran. Wenn dieses Netzwerk an Dynamik verliert, verlieren alle, die an ihm beteiligt sind.

Mit der Schliessung des stationären Detailhandels für nicht tägliche Güter hat der BR eine Massnahme festgelegt, welche auf Menschen und Gesellschaft eine stark negative Wirkung hat. Die vom BR erhoffte positive Wirkung im Sinne einer stark reduzierten Mobilität und noch stärker sinkender Ansteckungszahlen ist nicht ersichtlich. Eine Wiedereröffnung des stationären Handels per Anfang März ist aus unserer Sicht vertretbar und damit gefordert.

Wir sind heute aber auch an einem Punkt angelangt, wo wir uns eingestehen müssen: «Wir müssen mit Covid leben lernen – es dürfte nicht mehr verschwinden». Aber was bedeutet «wir müssen damit leben lernen»? Welche Forderungen gehen damit einher?

1. Testen, testen, testen: Andere Länder zeigen uns auf, dass Testen ein Schlüssel zum Erfolg ist. Unverständlich für uns ist, dass immer noch einige Kantone sich nicht dazu durchgerungen haben, Testkonzepte für systematisches und kontinuierliches Testen aufzugleisen – und dazu gehören nicht nur Heime, Spitäler oder Schulen. Auch Unternehmen müssen in systemische Testkonzepte eingebunden werden. Das Contact Tracing muss definitiv nochmals forciert werden.
2. Diejenigen die geschützt werden wollen, müssen noch stärker geschützt werden. Das Impfen ist der erste Schritt. Wir sollten aber auch schon den nächsten Winter ins Auge fassen und damit rechnen, dass noch eine vierte, fünfte, sechste Virusmutation in unser Leben tritt. Wie schützen wir dann die Risikogruppen? Sind wir schon dabei die Pflege in Heimen und Spitälern neu zu denken und entsprechende Ressourcen und Triage-Konzepte aufzubauen?

3. Freiheiten zurückgeben: Freiheiten entziehen ist eine Massnahme, die kurzfristig wirken mag. Beim 2. und 3. Mal verliert die Massnahme ihre Wirkung – die aktuelle Mobilitätsentwicklung im Vergleich zum ersten Lockdown spricht Bände. Freiheiten zulassen bedeutet, dass man dazu Forderungen stellen darf (z.B. sich testen lassen). Gleichzeitig sollten wir aber auch alles tun, um Mobilitätspeaks zu brechen. Ist es wirklich unvorstellbar über den morgendlichen Schulbeginn an Berufsschulen zu diskutieren? Oder die Ladenöffnungszeiten zum Beispiel im gesamten Dezember vor Weihnachten generell zu liberalisieren – und nicht noch zu «kondensieren» wie letzten Dezember?

Wir sind überzeugt, dass wir langfristig mit diesen drei Pfeilern arbeiten müssen – ansonsten droht im Herbst Winter 2021/22 der nächste Lockdown.

Wir müssen damit leben, dass Covid über eine mittlere Frist bleiben wird. Wir können uns keinen mittelfristigen Lockdown leisten. Bleibt die jetzige Situation noch länger, erodiert die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenseins. Also müssen wir Strategien entwickeln, wie wir uns weiterhin austauschen können und uns selbstverständlich dabei schützen. Das geht mit einer guten Impfstrategie, mit Kontakt-Tracing, mit Testungen, mit dem Brechen von Peaks im Verkehr und mit Schutzkonzepten. Die gute Nachricht ist: Diese Elemente sind alle schon da. Jetzt müssen wir sie nur noch smart zusammensetzen. Gerade das erwarten wir und fordern es auch von der Regierung.

Öffnen ist möglich es ist gesellschaftspolitisch sogar geboten.

Medienkonferenz «Appell der KMU aus dem Lockdown: Wir fordern eine Perspektive»

Schlussreferat Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Der Umgang mit der Pandemie muss auf verständlichen Indikatoren basiert sein. Diese Indikatoren und ihre Grenzwerte müssen objektiv sein. Die Grenzwerte müssen konstant bleiben. Ein Hin und Her bei den Indikatoren sowie deren Grenzwerten dient weder der Sache noch ist es verhältnismässig; es schadet der Glaubwürdigkeit des Krisenmanagements und der in diesem Rahmen eingesetzten Massnahmen. Desto länger die nicht evidenzbasierte Politik andauert, desto mehr verliert die Regierung den Rückhalt in der Bevölkerung und der Wirtschaft. Februar und März sind für einige Branchen entscheidend. Im Textil- und Schuhfachhandel erhalten die Unternehmen 25% der gesamten Wareneinkäufe des Jahres. Diese Ware muss vorfinanziert werden und diese Unternehmen können genau in dieser Zeit auf Geheiss des Bundesrates keinen Umsatz generieren. Die Härtefallgelder von 20% vom durchschnittlichen Vorjahresumsatz genügen nicht. Mit diesen können nur gerade die Mieten gedeckt werden. Mit Blick auf mögliche Szenarien von exponentiell ansteigenden Infektionszahlen werden Teile der Wirtschaft eingefroren, praktisch zum Sterben verdammt. Die Verhältnismässigkeit ist der gescheiterten Lockdown-Strategie zum Opfer gefallen.

Wir müssen zurückkehren zur Logik des gezielten Schutzes, welche durch gezielte Testungen unterstützt wird. Die Logik des gezielten Schutzes stellt gewisse Personengruppen in den Mittelpunkt. Beispiele dafür sind ältere Personen oder Pflegeberufe. Die Logik des gezielten Schutzes fokussiert auf besonders exponierte Gruppen und erlaubt im Gegenzug eine grössere Differenzierung bei anderen. Möglichst breitflächige Testungen erlauben, das Risikobild aller Personengruppen zu verfolgen und wirken so als Frühwarnindikatoren. Wir müssen den Zugang zu den Tests erhöhen und das Testen intensivieren.

Die Bundesverwaltung und das Gesundheitswesen benötigen einen Digitalisierungspush. Das Management der Impfungen, der Testungen und des Contact Tracings sowie vieler anderer Zwischenschritte ist digitalisiert effizienter und effektiver. Erfahrungen im Ausland zeigen, dass die Wirksamkeit begleitender Massnahmen höher ist, wenn diese digital durchgeführt werden. Die Schweiz hat mit den Covid-19-Solidarbürgschaften auch schon positive Erfahrungen mit digitalen Instrumenten gemacht.

Meine Damen und Herren. Unsere Botschaft, unser Appell ist klar. Wir brauchen die Öffnung, eine Exitstrategie, welche auf Schutzkonzepten und Präventivstrategien aufbaut. Der Bundesrat liegt falsch, wenn er den Grund für einen möglichen Jo-Jo-Effekt bei der Öffnung sieht. Es ist der Lockdown selbst, die aufoktrojierte Diät und Hungerkur für Gesellschaft und Wirtschaft, welche bei jedem erneuten Ergreifen weniger wirkt. Wir müssen aus diesem Teufelskreis, der gescheiterten Lockdown-Strategie aussteigen. Jetzt!

Positionspapier

Zukunftsperspektive für die Schweizer Wirtschaft

I. Forderungen des sgv

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein. Vor diesem Hintergrund fordert der sgv:

- **Die Erarbeitung von verlässlichen Indikatoren mit objektiven und konstanten Grenzwerten, welche als Grundlage für eine Evidenz-basierte Politik dienen;**
- **Die Öffnung aller Wirtschaftsbereiche ab dem 1. März 2021 mit einer Rückkehr zur Logik des gezielten Schutzes, welche durch gezielte Testungen und Schutzkonzepte unterstützt wird;**
- **Die Verstärkung des Impfprogramms mit verbindlichen Angaben über seine Umsetzung;**
- **Den Unterbruch der Infektionsketten mit gezieltem Contact Tracing;**
- **Die Umsetzung von flankierenden Massnahmen wie beispielsweise Abschaffung der Home-Office-Pflicht, Teilöffnungen und Flexibilisierungen bis zum 1. März 2021;**
- **Die Behebung von Lücken im Härtefallregime sowie seine rasche Umsetzung;**
- **Einen Digitalisierungs-Push in der Bundesverwaltung und im Gesundheitswesen; denn viele dieser Forderungen können digital einfach und kostengünstig umgesetzt werden.**

II. Ausgangslage

Seit Mitte Januar 2021 befindet sich die Schweiz in einem erneuten Lockdown. Diese Massnahmen hat der Bundesrat nicht etwa ergriffen, weil die wissenschaftliche Evidenz dafür sprach, sondern weil die Exekutive ihre Entscheidungsgrundlage änderte. Sie stellt neu auf Szenarien über die Zukunft ab und richtet sich nach dem schlimmstmöglichen Szenario. Die Fakten zeichnen aber ein ganz anderes Bild: Zahlen vom BAG belegen, dass die allerwenigsten Infektionen im wirtschaftlichen Verkehr, sei es am Arbeitsplatz oder im Detailhandel oder in Restaurants, stattfinden; Zahlen vom Internationalen Währungsfonds legen nahe, dass der wirtschaftliche Schaden überproportional zu den Intensivierungen von Lockdown-Massnahmen ausfallen.

Seit den Bundesratsentscheiden vom Dezember 2020 und Januar 2021 befindet sich die Schweiz in dieser Schadensprogression. Sowohl die Prognosen zur nationalen Wertschöpfung als auch jene für den Arbeitsmarkt mussten nach unten korrigiert werden. Lücken im Härtefall- und Entschädigungsregime verschärfen die wirtschaftlichen Auswirkungen, die viele KMU zu Recht als Krise wahrnehmen. Zudem ist festzustellen, dass in der Umsetzung der immer neuen Massnahmen Wirtschaft und Gesellschaft zunehmend unruhiger werden. Die Wirtschaft und die Gesellschaft lassen sich nicht mechanisch mit «Stopp and Go» herunter- und wieder herauffahren. Jeder dieser Schritte benötigt Zeit und

verlangt diverse und kostspielige Anpassungen seitens der Akteure. Was Menschen brauchen, ist Planungs- und Rechtssicherheit, um kalkulierte Risiken einzugehen.

III. Handlungsfelder

Die Strategie, Lockdowns einzuleiten bis die Epidemie beendet wird, ist gescheitert. Entsprechend braucht die Schweizer Wirtschaft und die Schweiz als Ganzes eine Zukunftsperspektive. Diese muss die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Freiheiten unter Beachtung von Schutzkonzepten und Präventivstrategien wiederherstellen. Präventivstrategien basieren auf der Logik des gezielten Schutzes, den breitflächig angelegten Testungen und Impfungen sowie auf Schutzkonzepten und Contact Tracing. Deshalb fordert der sgV:

- 1. Die Erarbeitung von verlässlichen Indikatoren mit objektiven und konstanten Grenzwerten, welche als Grundlage für eine Evidenz-basierte Politik dienen.** Der Umgang mit der Pandemie muss auf verständlichen Indikatoren basiert sein. Diese Indikatoren und ihre Grenzwerte müssen objektiv sein. Die Grenzwerte müssen konstant bleiben. Ein Hin und Her bei den Indikatoren sowie deren Grenzwerten dient weder der Sache noch ist es verhältnismässig; es schadet der Glaubwürdigkeit des Krisenmanagements und der in diesem Rahmen eingesetzten Massnahmen.
- 2. Die Öffnung aller Wirtschaftsbereiche unter Einhaltung der Schutzkonzepte ab dem 1. März 2021.** Mit der Logik des gezielten Schutzes und den damit verbundenen Massnahmen – Impfungen, Testungen und Contact Tracing – kann die Wirtschaftsfreiheit wieder gewährleistet werden und der gesellschaftliche Austausch kann sich wieder schrittweise normalisieren. Wichtig ist: Die Wirtschaft hat Schutzkonzepte, welche Hygiene- und Distanzmassnahmen beinhalten. Diese Konzepte werden flächendeckend eingesetzt und haben sich bewährt. Denn vom BAG publizierte Zahlen zeigten eindrücklich und eindeutig, dass sich kaum Leute im Wirtschaftsgeschehen anstecken. Mit der Öffnung kann die Wirtschaft wieder funktionieren und so den grossen Schaden des Lockdowns eindämmen sowie Arbeitsplätze und Wohlstand für die Gesellschaft sichern.
- 3. Die Rückkehr zur Logik des gezielten Schutzes, welche durch gezielte Testungen unterstützt wird.** Die Logik des gezielten Schutzes stellt gewisse Personengruppen in den Mittelpunkt. Beispiele dafür sind ältere Personen oder Pflegeberufe. Die Logik des gezielten Schutzes fokussiert auf besonders exponierte Gruppen und erlaubt im Gegenzug eine grössere Differenzierung bei anderen. Möglichst breitflächige Testungen erlauben, das Risikobild aller Personengruppen zu verfolgen und wirken so als Frühwarnindikatoren. Der Zugang zu Tests ist zu erhöhen und das Testen zu intensivieren.
- 4. Die Verstärkung des Impfprogramms mit verbindlichen Angaben über seine Umsetzung.** Das vom Bundesrat initiierte Impfprogramm muss weitergeführt und verstärkt, vor allem aber rascher umgesetzt werden. Von der Exekutive werden klare, verbindliche Informationen erwartet. Sie steht in der Pflicht, sich selbst Ziele zu setzen und über die Erreichung dieser Ziele regelmässig Bericht zu erstatten. Insbesondere wird die Eidgenossenschaft aufgefordert, die Kantone in ihren Bemühungen, ohne Wenn und Aber, zu unterstützen.
- 5. Den Unterbruch der Infektionsketten mit gezieltem Contact Tracing.** Mit einem besseren, individuellen «Case Management» kann die Ansteckungskette identifiziert werden. Darauf können dann Massnahmen wie Isolation, Kontakt-Investigation und Kontakt-Monitoring erfolgen. Bereits vorhandene digitale Mittel, wie etwa die von den eidgenössischen Hochschulen entwickelte App, sind hier unbedingt anzuwenden.

- 6. Die Umsetzung von flankierenden Massnahmen wie beispielsweise Abschaffung der Home-Office-Pflicht, Teilöffnungen und Flexibilisierungen bis zum 1. März 2021.** Per sofort sind flankierende Massnahmen einzusetzen, damit die Wirtschaft geordnet wiedereröffnen und gleichzeitig das Risiko von Ansteckungen abgebaut werden kann. Zu diesen Massnahmen gehören insbesondere der Terrassen- und Outdoorbetrieb von Restaurants sowie die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten und die Erweiterung des zu verkaufenden Sortiments im Detailhandel. Die Home-Office-Pflicht hat ausser kostspieligen und schikanösen Kontrollen nichts gebracht. Entsprechend soll die Pflicht entfallen und Betriebe sollen einen grösseren Handlungsspielraum erhalten. Eigenverantwortung und glaubwürdige Überzeugungsarbeit bringen bei mündigen Bürgerinnen und Bürgern mehr als staatliche Vorschriften.
- 7. Die Behebung von Lücken im Härtefallregime sowie seine rasche Umsetzung.** Für aufgrund behördlicher Auflagen geschlossener Betriebe ist eine möglichst einfache, rasche Umsatzentschädigung umzusetzen. Dabei gelten teilgeschlossene Betriebe als geschlossen, d. h. wer nicht das volle Sortiment anbieten und verkaufen kann, ist zu entschädigen. Betriebe deren Wirtschaftsfreiheit ausser Kraft gesetzt wurde, haben nur dann eine Zukunftsperspektive, wenn dafür gesorgt wird, dass sie nicht in naher Zukunft unverschuldet ihre Bücher deponieren müssen. Ebenfalls muss es möglich bleiben, Dividenden, die der Eigenfinanzierung des Unternehmens dienen, auszusahlen. Diese sichern ja die Zukunft des Betriebes.
- 8. Einen Digitalisierungs-Push in der Bundesverwaltung und im Gesundheitswesen; denn viele dieser Forderungen können digital einfach und kostengünstig umgesetzt werden.** Das Management der Impfungen, der Testungen und des Contact Tracings sowie vieler anderer Zwischenritte kann mittels Digitalisierung effizienter und effektiver gemacht werden. Erfahrungen im Ausland zeigen, dass die Wirksamkeit begleitender Massnahmen höher ist, wenn diese digital durchgeführt werden. Die Schweiz hat auch schon digitale Instrumente im Zusammenhang mit Covid-19-Massnahmen eingesetzt und auch positive Erfahrungen damit gemacht. Ein Beispiel dafür sind die Covid-19-Solidarbürgschaften. Die Lehren daraus müssen zwingend auch in der Gesundheitspolitik gezogen werden. Zusätzlich zu den Digitalisierungsmassnahmen, die sich sofort umsetzen lassen – vor allem im Bereich Impfmanagement und Contact Tracing –, fordert der sgV ein längerfristiges Digitalisierungsprogramm im Gesundheitswesen. Ein Stichwort dazu ist das elektronische Patientendossier.

IV. Fazit

Die Schweizer Wirtschaft und die Gesellschaft brauchen Zukunftsperspektiven. Diese bestehen darin, die Wirtschaftsfreiheit und den gesellschaftlichen Austausch wieder zu gewinnen. Der sgV fordert die Öffnung der Wirtschaft ab dem 1. März 2021. Begleitend müssen Impfungen, Testungen und Contact Tracing verstärkt werden. Die Digitalisierung macht diese Massnahmen griffiger, einfacher und günstiger.

Stand: 2. Februar 2021

Dossierverantwortlicher

Hans-Ulrich Bigler, Direktor
Tel. 031 380 14 20, E-Mail h.bigler@sgv-usam.ch